

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

15.08.2024

# Inhalt

## EWN

1   <b>Castoren könnten in Jülich bleiben – sagt ein Gutachter</b> <i>aachener-zeitung.de, 14.08.2024</i> .....	3
2   <b>Großes Unverständnis für Verzögerung bei Endlagersuche</b> <i>mdr.de, 15.08.2024</i> .....	5
3   <b>Deutsche Bedenken zu AKW Fessenheim finden Gehör</b> <i>Welt.de, 15.08.2024</i> .....	11

**ANTI-ATOM-INITIATIVEN****Castoren könnten in Jülich bleiben – sagt ein Gutachter**

*Der Hamburger Verwaltungsrechtler Dr. Wollenteit argumentiert, dass die Grundlage für die Räumungsanordnung des Jülicher Zwischenlagers hinfällig sei und NRW-Ministerin Mona Neubaur ein Duldung aussprechen könnte. Dann müssten keine 152 Castoren nach Ahaus transportiert werden.*

Kann das NRW-Wirtschaftsministerium die Räumungsanordnung für das Jülicher AVR-Zwischenlager zurücknehmen und so die bevorstehenden 152 Transporte von Castoren ins Zwischenlager Jülich verhindern? Ja, sagt Dr. Ulrich Wollenteit, Rechtsanwalt für Verwaltungsrecht in Hamburg, in einem 16-seitigen Kurzgutachten – das hat er im Auftrag der Anti-Atom-Initiative „ausgestrahlt“ erstellt.

Auslöser für die Räumungsverföhrung des NRW-Ministeriums als Atomaufsicht im Jahr 2014 war die ausgelaufene und nicht verlängerte Genehmigung des bestehenden Jülicher Zwischenlagers im Jahr 2013. „Hintergrund der Räumungsanordnung war (...) der damalige Erkenntnisstand, dass die Antragstellerin (...) die Genehmigungsvoraussetzungen, vor allem im Hinblick auf die Erdbebensicherheit, im Hinblick auf eine beantragte Neugenehmigung absehbar nicht nachweisen konnte“, schreibt Wollenteit in seinem Gutachten. Das sei damals richtig gewesen, „das Einschreiten der Atomaufsicht im Jahr 2014 grundsätzlich nicht zu beanstanden“. Das allerdings sehe heute anders aus, weil der Nachweis der Erdbebensicherheit inzwischen erbracht werden konnte.

Anders als 2014 sei heute „davon auszugehen, dass die bereits fortgeschrittenen Verfahren zur Genehmigung eines neuen Lagers oder zur Wiedergenehmigung des bestehenden Zwischenlager-Gebäudes in Jülich zum Erfolg geführt werden können. Hierdurch ist ein damals nicht verfügbarer Spielraum erkennbar geworden, einen rechtmäßigen Zustand auf andere Weise, als durch eine sofortige Räumung herbeizuföhren.“ Wollenteit argumentiert, dass bei einer heutigen Entscheidung des Ministeriums es deshalb nahe liegen würde, „auf eine Räumungsanordnung zu verzichten und bis zur absehbaren Genehmigung eines neuen Zwischenlagers oder der Ertüchtigung des bisherigen Zwischenlagers eine befristete Duldungsanord-

nung zum Zweck der Lagerung der Castoren im bisherigen Lager auszusprechen“.

Gerade der Aspekt der Erdbebensicherheit habe die Räumungsanordnung entscheidend beeinflusst. Fülle dieser Aspekt weg, müsse demnach auch neu entschieden werden können, da „die sofortige Räumungsanordnung nachträglich als nicht mehr zwingend erforderlich erscheint“. Für eine Revidierung der Entscheidung spreche zudem „der Aspekt der Transportvermeidung sowie der damit verbundene mögliche Sicherheitsgewinn“, führt Wollenteit weiter aus. Der Verbleib im Jülicher Zwischenlager und der damit verbundene Verzicht auf 152 Castor-Transporte „stellt sich augenscheinlich aus heutiger Sicht als das mildere Mittel für die Allgemeinheit dar“, argumentiert der Gutachter.

Im Ergebnis hält Wollenteit in seinem Gutachten fest, dass die Räumungsanordnung teilweise widerrufen werden könne, wenn gleichzeitig eine „zu befristende Duldungsverfügung“ erteilt würde. Dann, so Wollenteit, würde die Allgemeinheit „durch den Verzicht auf 152 Castor-Transporte und die damit verbundenen Risiken erheblich entlastet“. Um dieses Ziel zu erreichen, schlägt er gleichzeitig vor, mit der Duldungsverfügung anzuordnen, „dass befristet bis zur Genehmigung und der Realisierung eines neuen Zwischenlagers oder der Wiedergenehmigung des bestehenden Zwischenlagergebäudes die vorhandenen Castorbehälter im bisherigen Lager verbleiben dürfen“.

Für Helge Bauer von der Initiative „ausgestrahlt“ belegt das Gutachten, dass „die NRW-Atomaufsicht ihre Prioritäten falsch gesetzt und Lösungen bewusst ignoriert“ habe. Bauer kritisiert zudem überaus scharf das Vorgehen der zuständigen Ministerin Mona Neubaur (Grüne): „Die zuständige Wirtschaftsministerin Mona Neubaur scheint mit der Klärung der Castor-

Frage überfordert. Statt ihrer bisherigen Strategie der warmen Worte braucht es jetzt endlich ein beherztes Anpacken, um den Wahnsinn einer gefährlichen Castor-Lawine durch das dichtbesiedelte Ruhrgebiet noch zu verhindern.“ Nur durch das Aufrechterhalten der Räumungsverfügung werde überhaupt der „Zeit-

druck zur Änderung der aktuellen Aufbewahrungssituation in Jülich aufrecht“ erhalten, sagt Bauer, zumal die Prüfung für eine neue Betriebsgenehmigung des bestehenden Zwischenlagers „in weiten Teilen bereits positiv abgeschlossen“ sei und „in einem überschaubaren Zeitraum vorliegen“ könne.

## Großes Unverständnis für Verzögerung bei Endlagersuche

*Eine neue Regierungsstudie zeigt, dass die Suche nach einem Endlager für radioaktive Abfälle erst 2074 zu einem Ergebnis kommen könnte. Für den Großteil der MDRfragt-Gemeinschaft ist der Export von Atommüll dennoch keine Option. Zeitgleich wünschen sich Viele eine Rückkehr zur Atomenergie.*

- Knapp drei Viertel der Befragten befürworten das Exportverbot für Atommüll.
- Jeder Zweite fordert ein Mitspracherecht der Anwohner bei der Suche nach Endlagerstätten.
- Für die Reaktivierung stillgelegter Atomkraftwerke sprechen sich zwei Drittel der Befragten aus.

Die langwierige Suche nach einer Endlagerstätte für Atommüll stößt bei vielen MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmern auf Unverständnis. Eigentlich sollte die Suche nach einem Endlager für radioaktive Abfälle in Deutschland bis 2031 zu einem Ergebnis kommen. So sah es das "Standortauswahl-Gesetz" zumindest vor. Eine neue, vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) beim Öko-Institut in Auftrag gegebene Studie, zeigt jedoch, dass sich die Suche noch bis 2074 verzögern könnte.

Denise (39) aus Mittelsachsen ist der Meinung: "Ohne Standort für ein Endlager hätten die Atomkraftwerke damals gar nicht erst errichtet werden dürfen. Stichwort: fehlendes Gesamtkonzept". Dem schließt sich Lisa (33) aus Erfurt an und kommentiert: "Es ist nicht besonders klug, Methoden anzuwenden, wenn man die Konsequenzen nicht annehmbar bereinigen kann. Hier hat die Weitsicht gefehlt!" MDRfragt-Mitglied Hans-Jürgen (74) empfindet das unerträglich und schreibt: "Wie immer will keiner bei dieser Frage Verantwortung übernehmen."

*"Ich fürchte, dass das Problem in gewohnter Weise unseren Enkeln und Urenkeln überlassen wird." - MDRfragt-Mitglied Werner (75) aus Suhl*

Einige haben kein Verständnis für die Dauer der Suche. So findet es Manfred (73) aus dem Salzlandkreis

"unfassbar, eine Entscheidung um sage und schreibe 50 Jahre zu verschieben und somit auf zwei weitere Generationen zu verlagern". Werner (75) aus Suhl sieht das ähnlich und fürchtet, dass "das Problem in gewohnter Weise unseren Enkeln und Urenkeln überlassen wird".

Christian (64) aus dem Landkreis Meißen meint, "man sollte die betroffenen Regionen so finanziell fördern, dass sich alle darum drängeln". Er vermutet, dass die Suche nach einem Endlager dann schneller zu einem Ergebnis kommen könnte. Sein Namensvetter aus dem Vogtlandkreis (40) denkt wiederum, dass uns "nichts anderes übrig bleiben wird, als den Müll weiter zwischen zu lagern und auf zukünftige Lösungen zu hoffen". Jürgen (44) aus dem Weimarer Land vertraut dabei den Behörden, "weil für Endlager in Deutschland hohe Standards gelten".

Drei Viertel für Atommüll-Exportverbot

Trotz möglicher Verzögerung, kommt der Export von Atommüll für den Großteil der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer nicht infrage. So zeigt das Stimmungsbild beim Meinungsbarometer MDRfragt: Knapp drei Viertel der rund 20.000 Befragten halten das Exportverbot für Atommüll für richtig. Ein Fünftel ist jedoch anderer Ansicht.

### Mehrheit fordert Mitspracherecht der Anwohner

Um die Standortsuche für ein Atommüll-Endlager zu beschleunigen, sollte die Zahl der betreffenden Regionen laut dem Öko-Institut eingegrenzt werden, um die übrigen Standorte intensiver untersuchen zu können. Ginge es nach den Befragten, sollten neben Wissenschaft und Forschung auch die Anwohner der betreffenden Regionen und die allgemeine Öffentlichkeit ein Mitspracherecht bei der Suche nach der Endlagerstätte haben. Sowohl die Wirtschaft und Industrie als auch

die Politik stehen hierbei hingegen weniger im Fokus.

### Geteilte Sicherheitsbedenken

Doch was wäre, wenn vor der eigenen Haustür tatsächlich ein Atommüll-Endlager entsteht? Wird das eigene Sicherheitsgefühl dadurch beeinträchtigt? Bei den Befragten ist die Meinung darüber gespalten. Während knapp die Hälfte davon ausgeht, dass eine Endlagerstätte in unmittelbarer Nähe das eigene Sicherheitsgefühl nicht beeinträchtigen würde, denkt ein fast gleich großer Teil, dass dies durchaus der Fall sein könnte. Hierbei gehen die Antworten je nach Geschlecht der Befragten jedoch deutlich auseinander. So sind die Frauen viel häufiger als die Männer der Ansicht, dass ein Atommüll-Endlager in der Region ihr persönliches Sicherheitsgefühl beeinträchtigen könnte.

In den Kommentaren nennen die MDRfragt-Mitglieder unterschiedliche Gründe, warum ihr Sicherheitsgefühl durch ein mögliches Atommüll-Endlager in ihrer Umgebung vermutlich nicht beeinträchtigt werden würde. Jeanny (55) aus der Börde schreibt beispielsweise: "Ich bin schon besorgt, aber ich habe die Hoffnung, dass Wissenschaftler da doch noch eine Lösung entwickeln, wie der Müll sicher beseitigt werden kann." Michael aus Jena (78) setzt eine "fachliche Prüfung und Bestätigung der Lagerstätte durch zuständige Fachleute voraus" und vertraut darauf.

Nach mir die Sintflut?

Stellvertretend für Viele fragt sich auch Anett (53) aus dem Saalekreis: "Was ist denn überhaupt heute sicher?" Andere wiederum schreiben offen und ehrlich, dass sie sich kaum Gedanken darüber machen, weil sie das Thema vermutlich nicht mehr betreffen wird. So kommentiert zum Beispiel Hannes (65) aus Halle (Saale): "Mein heftiger Protest wäre sicher aber eh diese Entscheidung getroffen wird, bin ich nicht mehr auf dieser Welt."

Christine (60) aus dem Harz fasst diese Einstellung kritisch zusammen und kommentiert: "Nach uns die Sintflut?"

### Jeder Zweite hält Atomausstieg für falsch

Die langwierige Suche nach Endlagerstätten lässt viele Befragte jedoch nicht grundsätzlich an der Atomenergie zweifeln. So halten etwa zwei Drittel den Atomausstieg in Deutschland für falsch. Knapp ein Drittel denkt hingegen, dass dies der richtige Weg war. Vergleicht man die Antworten je nach Altersgruppe der Befragten, zeigen sich mitunter deutliche Unterschiede. So hält bei den jüngsten Befragten nur eine knappe Mehr-

heit den Atomausstieg für falsch. Bei den ältesten Befragten teilen knapp drei Viertel diese Einschätzung.

Durch die Kommentare der Befragten wird deutlich, dass nicht alle, die den Atomausstieg für falsch halten, diesen grundsätzlich ablehnen. Aus Sicht einiger kam die Abschaltung lediglich zum falschen Zeitpunkt.

### Kam der Atomausstieg zu früh?

So schreibt Bettina (54) aus Saalfeld-Rudolstadt zum Beispiel: "Solange die Alternativen aus den Erneuerbaren nicht wirklich alternativ und bezahlbar sind, so lange halte ich das Abschalten für falsch bzw. vor-schnell. Prinzipiell und auf lange Sicht gesehen ist es jedoch der richtige Weg. Allerdings erscheint es unlogisch, in Deutschland abzuschalten und in den Nachbarländern wird weiter munter Atomstrom produziert." Holger (66) aus Magdeburg schließt sich dem an. Der Magdeburger kommentiert: "Der Zeitpunkt ist falsch gewählt, aber grundsätzlich ist der Ausstieg richtig."

*"Der Zeitpunkt ist vielleicht falsch gewählt, aber grundsätzlich ist der Ausstieg richtig." - MDRfragt-Mitglied Holger (66) aus Magdeburg*

MDRfragt-Mitglied Karl-Heinz (79) ist der Meinung, der Atomausstieg "hätte später erfolgen sollen, wenn zu 100 Prozent feststeht, dass die volle Versorgungssicherheit durch Ökostrom gewährleistet ist". Analog dazu kommentiert auch Peter (72) aus dem Ilm-Kreis: "Man hätte die Atomkraftwerke erst dann abschalten sollen, wenn ihre Lebensdauer erreicht ist und nicht vorher. Ich schmeiße doch auch kein modernes Auto weg, wenn es funktioniert."

### Atomstrom in Europa

In der Tat wird ein Teil des Stroms in einigen Nachbarländern Deutschlands noch immer in Atomkraftwerken produziert. Ende 2023 gab die spanische Regierung jedoch bekannt, ebenfalls aus der Atomkraft aussteigen zu wollen. In Italien wurde das letzte Atomkraftwerk bereits 1990 stillgelegt.

In den Kommentaren wird auch immer wieder die Kritik laut, dass in Deutschland kein Atomstrom mehr produziert aber zu hohen Preisen aus Frankreich importiert wird. Dabei ist der Anteil französischen Atomstroms im deutschen Stromnetz gering. Insgesamt exportiert Deutschland mehr Strom, als es importiert. Die Hälfte des Stromüberschusses wurde 2023 nach Frankreich exportiert. Hier kam es aufgrund defekter

AKWs immer wieder zu Stromengpässen.

### Was spricht für den Ausstieg aus der Kernenergie?

Für andere wiederum kam der Ausstieg aus der Atomenergie genau richtig. MDRfragt-Mitglied Jennifer (30) aus Gera schreibt beispielsweise: "Der Atomausstieg war der einzig richtige Weg. Es handelt sich weder um eine verlässliche, sichere, saubere oder gar günstige Art der Energiegewinnung." Auch Thomas (70) aus Halle (Saale) findet: "Nach zwei Katastrophen und zahllosen Störfällen war der Ausstieg notwendig und sinnvoll."

*"Nach zwei Katastrophen und zahllosen Störfällen war der Ausstieg notwendig und sinnvoll." - MDRfragt-Mitglied Thomas (70) aus Halle (Saale)*

Anja (44) aus der Börde fragt sich zudem, "wie widersprüchlich und widersinnig es ist, einerseits neue Atomkraftwerke bauen zu wollen und andererseits nicht mal ein Endlager für den daraus entstehenden Müll zu haben". Stefan (50) aus dem Salzlandkreis sieht das ähnlich und fragt: "Wir wissen für die nächsten 50 Jahre nicht, wo dieser hoch gefährliche Müll endgelagert werden soll und es gibt Menschen, die für Atomkraftwerke sind?" Aus Stefans Sicht erscheint das "absurd, ignorant, ich-bezogen oder schlichtweg dumm".

Viel Zuspruch für Reaktivierung von Atomkraftwerken

Tatsächlich kommt in der Politik immer wieder die Diskussion auf, stillgelegte Atomkraftwerke zu reaktivieren. Zwei Drittel der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer würden eine solche Reaktivierung befürworten. Knapp ein Drittel lehnt das hingegen ab.

### Geteilte Meinung zum Neubau von Atomkraftwerken

Und wie steht es um den hypothetischen Neubau von Atomkraftwerken? Zuletzt hatte der Spitzenkandidat

für die AfD in Sachsen, Jörg Urban, vorgeschlagen, in alten Braunkohleregionen wie der Lausitz, neue Atomkraftwerke zu bauen. Dieser Vorschlag erhält deutlich weniger Zuspruch. Während sich zwei Drittel der Befragten für die Reaktivierung von Atomkraftwerken aussprechen, befürworten nur 50 Prozent deren Neubau. Mit Blick auf Mitteldeutschland sind es mit 46 Prozent noch etwas weniger. Auch hier variieren die Antworten je nach Geschlecht der Befragten erneut. Während die deutliche Mehrheit der Männer den Bau neuer Atomkraftwerke in Mitteldeutschland befürwortet, stößt diese Idee bei den Frauen mehrheitlich auf Ablehnung.

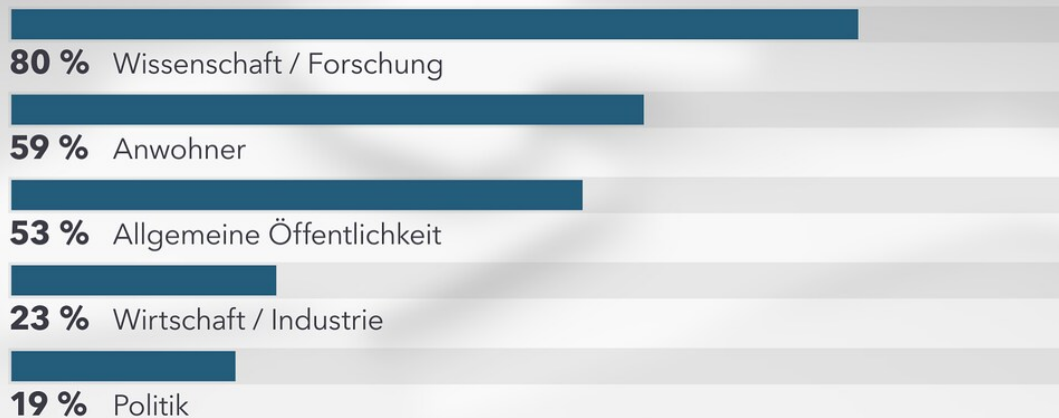
### Über diese Befragung

Die Befragung vom 9. bis 12. August 2024 stand unter der Überschrift: "Nach dem Atomausstieg: Wohin mit dem Müll?". Bei MDRfragt können sich alle anmelden und beteiligen, die mindestens 16 Jahre alt sind und in Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Thüringen wohnen, denn: Wir wollen die Vielfalt der Argumente kennenlernen und abbilden. Die Kommentare der Befragten erlauben, die Gründe für die jeweiligen Positionen und das Meinungsspektrum sichtbar zu machen.

Da sich jede und jeder beteiligen kann, der möchte, sind die Ergebnisse von MDRfragt nicht repräsentativ. Bei dieser Befragung haben sich 19.792 Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen online mit ihrer Meinung eingebracht. Die Ergebnisse von MDRfragt werden nach wissenschaftlichen Kriterien anhand verschiedener soziodemografischer Merkmale wie Alter, Geschlecht oder Bildungsgrad gewichtet, um sie an die tatsächliche Verteilung in der mitteldeutschen Bevölkerung anzupassen. Damit wird die Aussagekraft der Ergebnisse erhöht und es ergibt sich ein valides und einordnendes Stimmungsbild aus Mitteldeutschland.

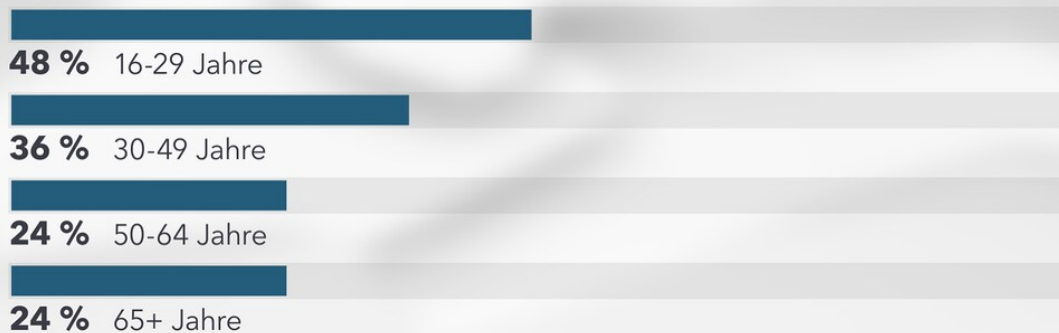
MDRfragt wird zudem wissenschaftlich beraten und begleitet, beispielsweise durch regelmäßige Validitätstests. Mehr zur Methodik von MDRfragt finden Sie am Ende des Artikels.

## Mitspracherecht für Suche nach Endlagerstätten



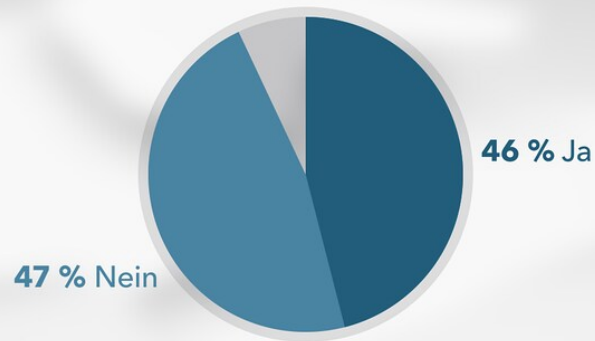
Quelle: mdrfragt.de

## Zustimmung Atomausstieg nach Alter



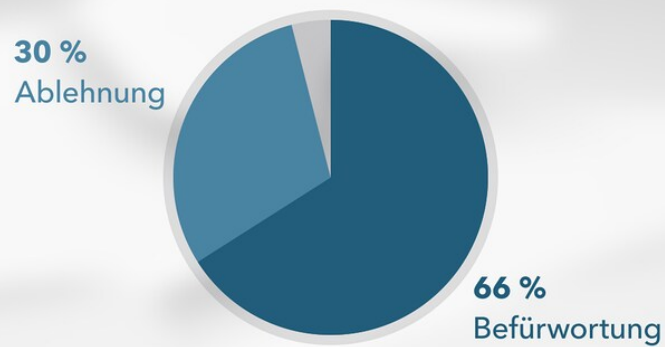
Quelle: mdrfragt.de

## Beeinträchtigung Sicherheitsgefühl durch Atommüll-Endlager in der Region



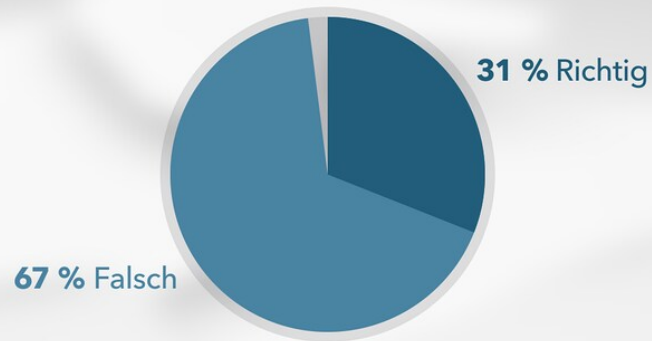
Quelle: mdrfragt.de

## Reaktivierung von Atomkraftwerken



Quelle: mdrfragt.de

## „Der Atomausstieg war...“



Quelle: mdrfragt.de

 Welt.de | 15.08.2024 WEBLINK

## Deutsche Bedenken zu AKW Fessenheim finden Gehör

*Für den Abbau des Atomkraftwerks Fessenheim in Ostfrankreich wurden Bürger und Behörden befragt. Kritik kam vor allem aus Deutschland. Nun gibt es im Nachbarland Anzeichen für Bewegung.*

Beim geplanten Abbau des elsässischen Atomkraftwerks Fessenheim müssen einer französischen Untersuchungskommission zufolge Forderungen aus dem benachbarten Deutschland berücksichtigt werden. So sei es etwa nötig, die Wasserqualität auch auf der deutschen Rheinseite zu kontrollieren, heißt im Bericht des Gremiums. Auf über 140 Seiten werden dort die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Abbau der Atomanlage zusammengefasst.

Das Atomkraftwerk Fessenheim südöstlich von Colmar unweit der Grenze zu Deutschland wurde 2020 nach 42 Betriebsjahren stillgelegt. An der Alt-Anlage hatte es wegen befürchteter Sicherheitsrisiken jahrelang harsche Kritik aus Deutschland gegeben.

Um zu überwachen, dass es in der Umwelt keine Radioaktivität gibt, schlägt die Kommission zusätzliche Kontrolleinrichtungen vor. Das Stuttgarter Umweltministerium hatte sich im Frühjahr an der öffentlichen Befragung beteiligt und angemahnt, die Radioaktivität müsse engmaschig überwacht werden. Bei der Öffentlichkeitsbeteiligung gab es Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern von beiden Seiten des Rheins wie auch Eingaben von Behörden.

In dem Bericht des französischen Gremiums vom Juli heißt es weiter, beim Rückbau der Anlage unmittelbar an der deutschen Grenze müsse generell die Empfindsamkeit der deutschen Seite bei den Themen Atomkraft und Radioaktivität einkalkuliert werden. Die Kommission empfiehlt - wenig überraschend - den Abbau der Atomanlage.

Anders als Deutschland setzt Frankreich für seine En-

ergieversorgung und das Erreichen von Klimaschutzziele weiter auf den Ausbau der Atomkraft. Präsident Emmanuel Macron will den Atomsektor im Land entscheidend stärken.

Der Abbau des Atomkraftwerks soll nach früheren Angaben voraussichtlich 2026 beginnen. Dafür ist noch ein Stilllegungsdekret der französischen Regierung nötig. Federführend ist laut elsässischer Regionalzeitung «Les Dernières Nouvelles d'Alsace» das Pariser Umweltministerium. Die Arbeiten dürften sich über 15 Jahre erstrecken.

Bei der Demontage des Atomkraftwerks müssen nach früheren Angaben gut 20.000 Tonnen radioaktive Abfälle entsorgt werden. Der größere Teil dieser Abfälle ist demnach sehr schwach belastet. Er soll in Ostfrankreich gelagert werden.

Der französische Energiegigant EDF plant am Standort Fessenheim eine Verwertungsanlage für schwach radioaktiv belasteten Schrott. Dieses sogenannte Technocentre soll auf einem bisher ungenutzten Areal gebaut werden und 2031 in Betrieb gehen.

Das Projekt wird auf beiden Seiten des Rheins von Umweltschützern kritisiert, denn sie befürchten Radioaktivität in wiederverwerteten Metallen. Für die grün-schwarze Landesregierung in Stuttgart gibt es mehrere Gründe, die gegen eine Ansiedlung einer solchen Anlage in Fessenheim sprechen, wie Umweltministerin Thekla Walker (Grüne) im Frühjahr mitgeteilt hatte. Das geplante Technocentre war nicht Thema der abgeschlossenen Öffentlichkeitsbeteiligung.